

# Chronik des Scheiterns

Lars Fischer 26.12.2019

Von den großen Plänen für den Bau eines Walls um den Schießstand in Waakhausen ist wenig übrig. Die Anlage steht nach einem Jahr voller Auseinandersetzungen vor dem Aus, die nötige Sanierung ist ungeklärt.

Worpswede. Anfang des Jahres schien die Welt in Waakhausen noch in Ordnung. Die Betreiber der Schießanlage waren bereits Ende 2018 mit großen Plänen an die Öffentlichkeit gegangen. Sie wollten von vornherein Transparenz und warben mit der Idee, einen 22 Meter hohen Wall um die Anlage zu errichten. Er sollte den Stand abschirmen, um die Lärmbelastung der Anwohner zu reduzieren und außerdem garantieren, dass die verschossenen Bleischrote leicht einzusammeln und zu entsorgen sind. Ein kapitales Eigentor, wie sich bald zeigen sollte. Die Geschichte von den Visionen der Sportschützen und Jäger wurde zu einer Chronik des Scheiterns.

Zum Widerstand gegen die Baupläne, die vor allem die Größenordnung des Walls und die Verwendung von belasteten Baumaterialien betrafen, kam schnell ein noch viel größeres Problem hinzu: die Diskussion darum, wie sehr das rund 16 Hektar große Areal am Rande der Hammeniederung überhaupt bleibelastet ist und wie damit umzugehen ist. Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Mittlerweile ruht der Schießbetrieb größtenteils, Betreiber Henning Kruse hat die Flinte ins Korn geworfen, die Protagonisten und der Landkreis streiten vor Gericht.

Die Anlage besteht seit 1973, wurde als Olympia-Stützpunkt mit großem Bahnhof einst eingeweiht und genoss beim Gros der Waakhauser Akzeptanz. Einzelne Anlieger lagen aber schon länger mit dem Betreiber über Kreuz, sie prozessierten und erreichten wegen der Lärmemission eingeschränkte Schusszahlen und -zeiten. Man hatte sich arrangiert in der lang gestreckten, dünn besiedelten Ortschaft im Worpsweder Westen. Mit den Plänen zum Ausbau aber war es vorbei mit dem Burgfrieden. Sie riefen eine Bürgerinitiative und die Worpsweder Grünen auf den Plan. Sie schauten genauer hin, wie mit dem umweltschädlichen Blei aus den Schrotgeschossen umgegangen wurde – und waren erschüttert.

Auf dem Areal lagern 280 Tonnen Blei. 230 waren bereits bei der Sanierung der Anlage 2007 in einen 4,50 Meter hohen Wall eingebaut worden. 50 weitere Tonnen, die verstreut auf der Anlage liegen, sind seitdem hinzugekommen. Ein Umweltskandal, meinten die Grünen im Künstlerdorf, und wendeten sich Anfang Januar in einem offenen Brief an die Verantwortlichen in Land und Landkreis. Darin forderte die Öko-Partei die sofortige Schließung und eine umfangreiche Sanierung: Teile des Geländes seien mit bleihaltigen Kugeln übersät, die Schutzfolien

überwuchert, Fangnetze durchlöchert. Die Grünen sprachen von einem „katastrophalen Zustand des Platzes“.

### **Konflikt eskaliert**

Ohne Frage sei der Boden mit Munition belastet, gestand auch der damalige Betreiber, eine gemeinnützige Gesellschaft unter der Geschäftsführung von Henning Kruse, ein. Kruse betonte jedoch, dass Grenzwerte nicht überschritten würden. Der Landkreis bestätigte dies zunächst. Schon im Januar hatte Kruse wegen der aufkeimenden Kritik die Bauvoranfrage für den Wall zurückgezogen. Die Gemüter aber beruhigten sich nicht, im Gegenteil: Der Konflikt entglitt und nahm rasant an Schärfe zu.

Die Jägerschaften aus Osterholz und Bremen meldeten sich zu Wort und verwiesen auf die Bedeutung der Anlage für ihre Ausbildung. Sie begannen eine Unterschriftensammlung für den Erhalt des Schießstands, die Gegner starteten eine solche gegen den Wallbau. Beide Seiten luden zu Informationsveranstaltungen ein. Ärger zog sich dabei auch der Waakhauser Ortsvorsteher Wolfgang Wedelich (CDU) zu, der für den 27. Februar ausschließlich geladene Anwohner einlud. Es folgten am 4. März eine Veranstaltung der Grünen und eine hoch emotionale Bürgerversammlung in Waakhausen drei Tage darauf.

Mittlerweile hatten die Umweltschützer weitere Argumente gesammelt: Demnach sei auch der Wall von 2007, oft als „Wurst“ bezeichnet, undicht und eine zusätzliche Gefahr für die Umwelt. Proben würden massive Grenzwertüberschreitungen bei Blei und Arsen ausweisen. Die Betreiber widersprachen, alles sei im Rahmen der gültigen Bestimmungen. Beide Lager hielten sich unterschiedliche Verordnungen, Messverfahren und Gutachten vor, für Laien wurde der Konflikt immer undurchschaubarer. Mehr und mehr geriet auch der Landkreis als zuständige Behörde in die Kritik: Neben lascher Kontrolle der Anlage wurde der Verwaltung vor allem ihr monatelanges Schweigen zum Konflikt vorgeworfen. Ende März standen die beiden verantwortlichen Dezernenten Dominik Vinbruck und Werner Schauer im Worpstedter Rathaus öffentlich Rede und Antwort. Neue Erkenntnisse lieferten sie allerdings nicht. Sie räumten unisono ein, dass dringender Handlungsbedarf bestehe: Die auf dem Gelände liegende Menge Blei müsse so schnell wie möglich beseitigt werden. Allerdings sah der Kreis bei aller gebotenen Dringlichkeit keine Handhabe für Zwangsmaßnahmen gegen den Betreiber. Ein unabhängiges Gutachten lehnten beide Kreisvertreter zu diesem Zeitpunkt noch ab.

Im April gab es zudem Irritationen, nachdem der Jägertreff auf der videoüberwachten Schießanlage Wahllokal für die Europawahl werden sollte. Ein Einspruch beim Landeswahlleiter sorgte für postwendende Abkehr von dieser Idee. Das lange geforderte Gutachten wurde im Juni vom Kreistag beschlossen, kurz zuvor lenkte die Kreisverwaltung ein und kündigte an, nun doch einen Gutachter beauftragen zu wollen, nachdem es eine Fachaufsichtsbeschwerde gegen den Kreis gegeben hatte. Ein entsprechendes Papier liegt bis heute nicht vor, allein die Ausschreibung nahm mehrere Monate in Anspruch. Auch der niedersächsische

Landtag beschäftigte sich mit Waakhausen, das Umweltministerium in Hannover kam zum Ortstermin.

Nachdem der Rückhalt der Kreisbehörde gebröckelt war, ließ Henning Kruse am 6. Juni die Bombe platzen: Er kündigte an, dass der Schießstand zum Ende des Monats geschlossen werde. Sein Sanierungskonzept sei gescheitert. Die erst neun Monate zuvor gegründete Betreibergesellschaft löste sich auf, der Stand ging zurück an die Jägerschaften Bremen und Osterholz sowie den Jagd- und Wurftaubenclub Osterholz. Die zuvor übernommenen Verbindlichkeiten von rund 93 000 Euro blieben bei Kruse; die Jäger weigerten sich, diese zurückzuzahlen, was wiederum für Streit innerhalb der Jagdverbände sorgte. Ende Juni bezog der Landkreis auf einer Pressekonferenz erstmals deutlich Stellung zum ursprünglich geplanten Wall: Er sei auf dem moorigen Untergrund nicht zu realisieren.

### **Sanierung ungeklärt**

Nun formierte sich Unterstützung von außen: Waffenlobbyisten wie die Blogger Carolin Matthie oder Marc Schieferdecker, Gründer der German Rifle Association, ergriffen Partei für die Anlage. Bremer Jäger und Sportschützen starteten eine Online-Petition pro Schießstand. Im Internet entglitt die Diskussion zunehmend, vor Ort aber stockte die Entwicklung. Zum 1. August lief dann ein eingeschränkter Schießbetrieb auf den Kugelständen wieder an. Die Schrotstände aber blieben geschlossen. Sämtliche Versuche der Jäger, für ihre Ausbildung eine Sondergenehmigung für den sogenannten Kipphasen zu bekommen, scheiterten am Widerstand des Landes.

Am 10. September hat der Landkreis Osterholz eine umfangreiche Ordnungsverfügung erlassen, um die ordnungsgemäße Entsorgung der Bleireste bis zum 18. Oktober zu erwirken. Dagegen setzte sich der Betreiber anwaltlich zur Wehr. Über die Rechtmäßigkeit dieser Anordnung ist ebenfalls bislang noch nicht entschieden, in drei von fünf Punkten hat der Einspruch aufschiebende Wirkung. Erledigt werden mussten bislang die Wiederherstellung eines Bodenwalls an der „Wurst“ und der Abtransport von bleihaltigem Räumgut, das über Monate in sogenannten Big-Bags auf dem Gelände lagerte. Immer noch gestritten wird über die Entsorgung von Sedimenten aus dem Landwehrgraben und die Reinigung der Depositionsfläche, also dort, wo die meisten Bleischrote weiterhin offen liegen. Passiert ist damit vor Ort wenig, die Auseinandersetzungen aber werden weitergeführt. Wann mit einer auf einem unumstrittenen Gutachten fußenden, umfassenden Sanierung zu rechnen ist, lässt sich nach wie vor nicht seriös prognostizieren.